

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

mit der Beilage
„Unsere Heimat“

mit illustrierter Sonntagsbeilage
„Feierstunden“

Schuldring, Druck von Walter von G. W. Zeller (Druck Sohn) Nagold.

Bestenfalls Zeitung im
Oberamt Nagold. — Was
folgt ist daher von
beim Verlag.

Die Zeit. Bestenfalls mit
einer Anzahl Abonnenten.
Es wird den 6. März 1924
ausgegeben. Die Zeitung
ist kostenlos in bestimmten
Kategorien aber an der
gewöhnlichen Stelle erhältlich.
Die Zeitung hat einen Wert
von 10 Pfennig. Die Zeitung ist
bestenfalls in jeder
Anzahl zu beziehen.

Telegraphische Adressen:
Nagold Nagold.
Nagold Nagold.
Nagold Nagold.

Bestenfalls an jedem
Tag. Bestenfalls in
bestenfalls in
bestenfalls in

Bestenfalls in
bestenfalls in
bestenfalls in
bestenfalls in
bestenfalls in
bestenfalls in
bestenfalls in
bestenfalls in
bestenfalls in
bestenfalls in

Nr. 91

September 1924

Mittwoch den 16. April 1924

Preis pro Nr. 20

98. Jahrgang

Tagespiegel

Das Reichsamt hat beschlossen, die Anträge der
Sachverständigenkommission bezüglich der Sachverständigen-
verträge zu beanstanden.

Der Reichsamtler bespricht sich am Dienstag nachmittag
mit dem Führer der Sachverständigenkommission und der Sozial-
kommission. Die Beschlusstexte des Reichsamtlers soll am
Dienstag veröffentlicht werden.

Die englisch-russischen Verhandlungen haben am Montag
in London begonnen. Der russische Vertreter verlangte als
Bedingung der Verhandlungen die Aufhebung des Ver-
trags von Versailles, doch hat Russland die Gebiete Polens,
der Kurland und Bessarabien aufgeben wollen. Der
Donau forderte die Anerkennung der alten Verträge
und die Sicherung, daß die Sowjetregierung neue Verträge
nicht schließen werde.

Der König von Dänemark hat den Thronerben
Prinz (Ses.) ernannt, das neue Ministerium zu bilden.

Die türkische Nationalversammlung in Ankara hat den
Sachverständigenvertrag genehmigt.

Ein kritischer Tag erster Ordnung

Am Dienstag, 15. April sind die „Niem-Ver-
träge“ abgelaufen. Was ist denn die Niem? Ein
kritisches Wort. Abkürzung des langen Satzes: „Mission
Internationale de Contrôle des Mines et des Mines“.

Nun diese französisch-belgische Kommission (die anderen
Verträdten sind nicht daran beteiligt) hat seiner Zeit, als
wie den positiven Widerstand an der Ruhr bedingungslos
aufgaben, einen Vertrag mit den Bergwerksbesitzern abge-
schlossen. Letztere gingen natürlich ungern darauf ein, aber
es blieb ihnen schließlich nichts anderes übrig, wenn nicht die
mit dem ganzen Kohlenbauern und deren Arbeiterchaft
zugrunde gehen und verhungern wollten. Die Niem hatte
also einen leichten Stand, genau so wie der Erzopper. Sie
konnte allerlei harte und härteste Forderungen stellen: Es
wird je Lonne Aufzucht eine Steuer von 8 Franken
erhöhen. Für die während des positiven Widerstands ge-
führten Kohlen wird eine Steuer von 15 Millionen
Dollar nachgezahlt. Dazu tritt die unentgeltliche
Lieferung der im Londoner Entschädigungsprogramm 1921
vereinbarten Entschädigungsfähigkeit. Außerdem sind für das
Bezugsgebiet, die Dienststellen der Verbündeten ohne
Bezahlung Kohlen abzugeben.

Das nur das Wichtigste. Es kommen dann noch allerlei
andere Leistungen dazu, namentlich bezüglich der Neben-
produkte. Auf diese Weise gelang es den Franzosen, im
November 155 000, im Dezember 600 000, im Januar
1 080 000, im Februar 1 330 000 und im März 1 400 000
Tonnen aus dem Ruhrgebiet herauszuholen. Das bedeutet,
daß jeder am Niem-Vertrag beteiligte Hüttenkon-
zern bisher mindestens 10 Goldmillionen teils in
Bar, zum größeren Teil in der Form von Kohle an die Fran-
zosen und Belgier abgeführt hat, ja, daß bei einer Reihe
von Werken dieser Betrag sogar weit überschritten wurde.
Nur so läßt sich auch der bedauerliche Bericht erklären, den
unlängst General Degoutte nach Paris schickte und
den Polinard freudestrahelnd der Kammeropposition mit-
teilen konnte. Aber eben! Bombastisch heißt die Unmöglich-
keit, daß die Ruhrbezogen auf längere Zeit solche Leistungen
leisten können.

Darum wird augenblicklich wieder verhandelt. Sollen
die Niem-Verträge über den 15. April hinaus verlängert
werden oder nicht? Die Franzosen sind natürlich für un-
eingeschränkte Wiederholung der Vertragsforderungen. Der
Sachverständigenrat, d. h. die Vertretung der Ruhr-
bezogen, verlangt zwei Voraussetzungen: Die regelmäßige
Bergwerksleistung und die Möglichkeit zur Finanzierung der
Betriebe. Ja, die deutschen Kohlenbesitzer werden unter Be-
achtung auf das jenseitige Pariser Gutachten er-
klären, daß sie im Lauf des ersten Jahres überhaupt von
allen Sachlieferungen befreit werden. Dann die
1 000 Millionen, die Dawes für 1924-25 vorschlügt, sehen
sich zusammen aus 200 Mill. Eisenbahnschuldverschreibungen
und 800 Mill. Auslandsanleihe. Also die Sachverständigen
selbst halten es für unmöglich, daß Deutschland in dem ersten
Jahre, wo es kaum seine Währung befestigt hat, schon wieder
mit Sachlieferungen belastet werde. Die Bergarbeiter
endlich fordern eine Lohnerhöhung von mindestens
25 Prozent. Diese Lohnforderung könne aber nicht bezahlt
werden, wenn die Niemverträge in ihrer alten Form auf-
recht erhalten werden. Die Niem freilich erklärte darauf,
daß sie diese Kostwendigkeit nicht einsehe und ihrer Meinung
nach die Behauptung der Arbeiter eine auszeichnende sei.
Am Sonntag nun sind die Verhandlungen mit der Niem
abgebrochen worden. Ihre Vertreter begaben sich mit den
neuen französischen Vorschlägen nach Paris, um
fort neue Leistungen einzufordern. Am Montag wurde weiter-
verhandelt. Wir haben also wieder unmittelbar vor sehr
wichtigen Entscheidungen. Günstig ist für Deutschland, daß
in demselben Augenblick, wo das Gutachten der Sachver-

ständigen bekannt wird, sich die Verhandlungen der deut-
schen Wirtschaft aufgerollt wird. Demnach wird wahr-
scheinlich beide Dinge trennung müssen. Das geht aber nicht.
Denn es handelt sich hierbei um Sachlieferungen, die
von lebenswichtiger Bedeutung für unsere Wirtschaft
Zahlungsfähigkeit sind. Will man diese liefern, dann müssen
die Niemverträge abgeändert werden.

Zuletzt dem Sachverständigenrat und der französisch-bel-
gischen Ingenieurkommission ist vereinbart worden, daß das
Industrie-Komitee zunächst weitere zwei Monate in Kraft
bleiben soll. Die Kohlenlieferungen sind in letzter Höhe
fortzuführen. Es soll in Aussicht gestellt werden sein, daß ein
Teil der internationalen Entschädigung zur Entschädigung an die
Industriellen verwendet werden darf.

Die römische „Aea Nazionale“ beweist, ob Frankreich
die Begehung der Belegung vorgehen werde.

Die Einladung der Replo

Was soll die deutsche Regierung antworten?

Die Beratungen der Ministerpräsidenten der deutschen
Länder mit den Reichsministern über die Berichte der all-
ersten Sachverständigen haben plötzlich einen besonders
ersten Sinn und Zweck dadurch erhalten, daß die Entschä-
digungskommission in Paris über Nacht ihre Laune änderte.
Sie hatte ursprünglich eine private und völlig unverbind-
liche Beratung ihrer Mitglieder angesetzt. Daraus wurde
aber mit einem Mal eine hochamtliche Sitzung und ein
überrassender Beschluß. Die Kommission betrachtet die
Sachverständigenberichte als eine praktische Grundlage für
die rasche Lösung der Entschädigungsfrage. Sie empfiehlt
die Entschädigungen der Ausschüsse den beteiligten Regie-
rungen zur Annahme. Nur müsse man eben auf die Zulage
der deutschen Reichsregierung warten.

Was ist in Paris vorgefallen? Hat man es mit der
Angst bekommen, das Kabinett Marx könnte die Entschä-
digung hinauszuziehen, bis eine neue Regierung auf Grund der Wahlen
vom 4. Mai zustande gekommen ist? Will man die jetzige
Regierung, hinter der keine Volkswirtschaft mehr steht, auf
die entscheidenden Schicksalsentscheidungen festlegen? Die
Kommission erwartet am Donnerstag, 17. April, deutsche
Vertreter in Paris, um sie entsprechend dem Artikel 234 des
Versailler Vertrags anzuhören. „es ist denn daß die
deutsche Regierung es vorgebe, eine schriftliche Antwort
zu erteilen.“ Der Ton dieser Aufforderung erinnerte wie-
der einmal irgendwie an Ultimatum, und unwillkürlich fällt
einem dabei das plattdeutsche Sprichwort ein: Wat schriit,
dat list. Eine schriftliche Antwort kann Verbindungen zur
Folge haben, die nicht in der Ansicht des jetzigen deutschen
Kabinetts liegen. Es ist also schon besser mit dem Klären.

Aber was sollen die deutschen Vertreter erklären? Sicher
ist, daß man Deutschland mit der plötzlichen Aufforderung
nicht etwa das erste entscheidende Wort über die Annahme
der Sachverständigen-Gutachten zuschieben wollte. Vielmehr
hat die Kommission zu verstehen gegeben, daß sie zu Ver-
handlungen auf der Grundlage der Sachverständigenberichte
bereit ist und daß auch die verbündeten Regierungen die
gleiche Bereitschaft zeigen werden, soweit der Sachver-
ständigenbericht eine Abänderung des Londoner Ultimatus
nötig mache. Daraus ist auch die Reichsregierung wohl
oder übel zu Verhandlungen bereit erklären.

Aber zunächst natürlich nur zu Verhandlungen. Es
fragt sich dabei allerdings: Welche Richtlinien sollen ge-
geben werden. Reichsminister Marx hat aus der Rhein-
landkonferenz der Zentrumspartei in Frankfurt a. M. bereits
einen Grundriß gegeben. Er sagte: Die Regierung wird
mit aller Gewissenhaftigkeit und Vorlicht prüfen müssen, was
vom deutschen Volk wirklich getragen werden kann. Sie
wird allerdings von der deutschen Wirtschaft und vom deut-
schen Steuerzahler verlangen müssen, daß Kosten bis an
die Grenze des Möglichen übernommen werden.“ Und Dr.
Sorge, der Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen
Industrie erklärte dem Vertreter des Steuerbüros: „Ich bin
der Ansicht, daß die Vorschläge der Sachverständigen an-
genommen werden müssen. Sie bedeuten trotz der ungeheuren
Kosten, die der deutschen Industrie aufgebürdet werden
sollen, einen Schritt vorwärts... und da wir kaum bessere
Schlagungen erhalten können, müssen wir sie annehmen.“

Das hört sich ziemlich einloch an. Wenn uns nicht die
französische Politik wieder einen Strich durch die ganze
Rechnung macht! Nach englischen Meldungen aus Paris
will Polinard nun die Ruhrfrage als Trumpfkarte
in folgender Weise ausspielen: Frankreich geht auf die wirt-
schaftliche Räumung des Ruhrgebietes ein, wenn erstens die
Verbündeten sich jeder notwendig werdenden Sanktion bei
Verletzungen Deutschlands anschließen und zweitens die Ver-
bandschulden gestrichen werden. Hinter diesen Forderun-
gen steht natürlich ein ganzes System von Querschnitten.
Die deutsche Diplomatie wird sehr wachsam sein müssen, um
dabei nicht in eine neue Falle zu geraten.

Neue Nachrichten

Schließliche Antwort an die Entschädigungskommission

Berlin, 15. April. Die Blätter berichten, die Reichsregie-
rung werde der Pariser Entschädigungskommission schriftlich
mitteilen, daß sie die Berichte der Sachverständigen als eine
geeignete Grundlage ansehe, um zu einem Einverständnis
über die Entschädigung zu gelangen. Sie ist bereit, daran
mitzuarbeiten.

„Deutsches Telegraph“ berichtet, die englische und die ameri-
kanische Regierung haben in Berlin grundsätzliche Vor-
stellungen erhoben, um die Reichsregierung zu bewegen, daß
Sachverständigenentscheidungen angenommen werden.

Gegen drei Stimmen

Berlin, 15. April. Der gestrige Beschluß des Reichsbe-
raters und der deutschen Ministerpräsidenten, der Entschä-
digungskommission schriftlich mitzuteilen, daß die Reichsregie-
rung den Sachverständigenbericht als geeignete Grundlage
für Verhandlungsvorhandlungen annehme, ist wie verlau-
tet, gegen die Stimmen dreier Bundesstaaten zustande gekom-
men. Bayern hat entschieden gegen den Bericht Stellung
genommen.

Die Pariser Entschädigungskommission hat nach den Blät-
tern inzwischen mitgeteilt, daß sie eine Aussprache nur über
die Annahme und Durchführung der Berichte als Ganzes
gesehen werden, Einzelbedingungen seien ausgeschlossen.

Einspruch gegen eine Bindung

Berlin, 15. April. Die deutschnationalen Parteiführer
Dr. Westarp, Schulz-Branderberg und von Lindener wieder-
holten bei einem Empfang beim Reichskanzler den Einspruch
der Partei dagegen, daß die Reichsregierung, wie es anhei-
rend die Entschädigungskommission verlange, noch vor den
Wahlen Erklärungen abgibt, die nicht nur die Bereitwillig-
keit zu Verhandlungen betunde, sondern darüber hinaus für
Deutschland bindend sein könnten. Der Reichskanzler sagte
zu, den Einspruch dem Kabinett vorzutragen.

Rücktritt des Reichsjustizministers

Berlin, 15. April. Der Reichspräsident hat den Rücktritt-
gesuch des Reichsjustizministers E m m i n g e r angenommen.
Staatssekretär Dr. Seel wurde mit der Führung der Ge-
schäfte beauftragt.

Adam Röder Zentrumsländel

Berlin, 15. April. Auf der Reichstagswahlliste der Zen-
trumspartei wurde an vierter Stelle der Schriftsteller Adam
Röder gesetzt. In erster Stelle steht Reichstagsminister Dr.
Marx, an zweiter der frühere Minister Peter Spahn. (Röder
war vor Jahren Schriftleiter der konservativen „Reichspost“
in Stuttgart.)

Der Buchdruckerstreik in München

München, 14. April. Die Verleger haben Resolutionen
herausgegeben, die mit Ausnahme der „Münchener Post“
und der „Münchener Blätter“ alle Münchener Tageszeitun-
gen ausfallen lassen.

Zentrum und Bayer. Volkspartei

München, 15. April. Anlässlich der Tagung des Reichs-
parteiVorstands des Zentrums in Frankfurt a. M. haben er-
neute Verhandlungen mit den Führern der Bayerischen
Volkspartei über eine Einigung stattgefunden, die erfolglos
waren. Wie verlautet, soll der Reichsjustizminister Dr. E m -
m i n g e r, der der B. Volkspartei angehört, veranlaßt wer-
den, auf das Ministerium zu verzichten.

Der Berliner „Vorwärts“ meldet, Reichskanzler Dr.
Marx werde zugleich das Reichsjustizministerium überneh-
men. Dem B. L. zufolge will die Zentrumspartei ein eigenes
Blatt in München herausgeben.

Wahlmacht

Rürnberg, 14. April. Der „Frankfurter Kurier“ schreibt,
er sei auf Grund privater Nachrichten in der Lage, mitzu-
teilen, daß der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ in der
Schweiz von seinem Blatt beauftragt wurde, alle Schweizer
Stimmen zu sammeln, die sich zu einer Beeinflussung des
deutschen Volkes gegen den Kauf nach rechts verwenden
lassen.

Das neue Thüringische Ministerium

Weimar, 15. April. Der Landtag wählte heute mit 23
gegen 20 Stimmen die neue Regierung. Die drei Demokra-
ten enthielten sich der Abstimmung. Das Kabinett besteht
aus Dr. Leubhäuser und Dr. Sattler. Das Finanzmini-
sterium übernimmt Dr. Rischjäger. Staatsräte wurden
Dr. Richter, Kahle, Syndikus des Porzellanfabrikanten-
verbands und Justizrat Herrich-Neujagen.

Ein „Kriegsverbrecher“

Paris, 15. April. Ein Bapier namens Eric Paul Ger-
hart (5) ist wegen Untandens zu 18 Monaten Gefängnis
verurteilt worden. Im Verlauf der Untersuchung stellte sich
heraus, daß Gerhart am 28. März 1922 wegen „Ermoordung

